

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 38 (2019)
Heft: 73

Artikel: Ängste ernst nehmen : das politische Urteil in konkurrenzgetriebenen Gesellschaften
Autor: Bossart, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-846999>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rolf Bossart

Ängste ernst nehmen

Das politische Urteil in konkurrenzgetriebenen Gesellschaften

«Fürchtet euch nicht!»

Erzengel Gabriel

«Fürchtet euch nicht!»

Slogan der Kommunistischen
Partei Österreichs

Nicht selten liest man bei politischen AnalystInnen Sätze wie: Ängste werden instrumentalisiert und geschürt. Oder auch, dass aus den Ängsten Kapital geschlagen wurde. Gekontert wird dies üblicherweise mit dem Hinweis: Man müsse eben die Ängste der Leute ernst nehmen, was Ersteren wiederum zur Beweisführung einer Instrumentalisierung der Ängste dient. So wichtig es ist, die politische Instrumentalisierung der Gefühle immer neu und vehement zu kritisieren, so unverzichtbar ist das Augenmerk auf das, was die Instrumentalisierung erst ermöglicht, und das bedeutet, dass man die Ängste, wo sie auftreten, trotz allem zuallererst ernst nimmt. Ich gehe von folgender Prämisse aus: Wo keine Ängste sind, kann nichts instrumentalisiert werden. Und nur wo sich für Ängste gute Gründe (bzw. Abgründe) finden, kann nachhaltig verängstigt werden.

Dies bedingt einen realistischen Begriff von der Angst. Leider ist dieser oft ideologisch eingengt beziehungsweise funktionalistisch verkürzt. Genauso wie wir davon ausgehen müssen, dass, wer Schmerz empfindet, auch Schmerzen hat und daher Schmerz letztendlich nicht simuliert werden kann, müssen wir davon ausgehen, dass auch Ängste, selbst sogenannte fantasierte, sich auf reale Ursachen beziehen. Und genauso wie es zwar ihre ständige Versuchung, aber nicht das Recht der Gesellschaft ist, SchmerzpatientInnen für die vermeintlichen Ursachen ihrer Schmerzen zu tadeln, so ist auch das politische Urteil versucht, den sich ängstigenden Menschen die Realität der Ursachen abzusprechen, anstatt mit ihnen zusammen Formen der Therapie beziehungsweise des befreienden Handelns zu entwickeln.

Im politischen Urteil ist der Begriff der Angst dann ideologisch verengt, wenn Angst als reines Massenphänomen verstanden und nur mit den Begriffen der

Massenpsychologie zu fassen versucht wird. Komplementär zur ideologischen Verengung der Angst verhält sich der bis in die Psychologieschulbücher weitverbreitete evolutionstheoretische Funktionalismus der Ängste, nämlich die Idee, dass Ängste immer einen persönlichen Nutzen haben, indem sie reale, äussere Gefahren anzeigen und also wieder verschwinden, sobald sich eine Gefahr verzogen oder als harmlos erwiesen hat. Demgegenüber bleibt Angst selbst, wo sie eine Signalfunktion erfüllt, was mitnichten immer der Fall ist, im Erleben doch gänzlich dysfunktional.

Verkürzte Begriffe vermindern Optionen

Mit diesem doppelt verkürzten Angstbegriff vermindern sich die politischen Optionen angesichts angstbesetzter Haltungen und Handlungen der Leute auf die Verurteilung der AngstmacherInnen einerseits und die rationale Aufklärung der Angsthasen andererseits. Anders gesagt: Wo immer Angst ein politischer Faktor im gegnerischen Lager ist, wird versucht, die FührerInnen dieses Lagers als AngstmacherInnen und NutzniesserInnen zu verurteilen und den vermeintlich verängstigten Leuten Argumentarien zu liefern, die zeigen, dass ihre Ängste unbegründet sind. Auch wenn beides im politischen Feld natürlich immer geboten ist, lassen sich Ängste damit nicht aus der Welt schaffen.

Dem Liberalismus fehlt die Einsicht, dass Argumente im affektiven Bereich im Ernstfall erschreckend wenig nützen, ja keineswegs. Nicht ohne Grund setzen die nach den Vorgaben des New Public Management operierenden Verwaltungen gerne auf Konditionierung statt Aufklärung. Aber es ist gerade diese dem liberalen Menschenbild entnommene unglaubliche Verkürzung der menschlichen Psyche auf empirisch steuerbare Verhaltenspsychologie, die dafür sorgte, dass jene, die Affekte nicht als Funktionen, sondern als Symptome deuten – von Sigmund Freud über Otto Fenichel, Richard Sennett bis zu Ilja Ehrenberg, Eva Illouz oder Martha Nussbaum – im rationalistischen Mainstream trotz zeitweise beachtlichen öffentlichen Interesses nicht richtig Fuss fassen konnten. Das bedeutet, dass Fragen wie die folgenden höchstens individuell, aber kaum je auch politisch-gesellschaftlich beantwortet werden: Wer neigt in welchen Lebenslagen zu welchen Ängsten? Warum, wenn es so einfach ist, Ängste zu entfachen, kann man in der Linken nicht dieselben Ängste schüren wie in der Rechten? Folgt daraus nur, dass die Rechten falsch liegen, oder auch, dass sie auf bestimmte vorhandene Ängste eine für viele offenbar nützliche Antwort bieten? Und wenn es so wäre, dann müsste man fragen, warum diejenigen, die solche Ängste haben, keinen Zugang zur Linken finden. Ist man vielleicht weniger aus ethischen oder rationalen Gründen links, sondern vielmehr, weil man andere oder weniger Ängste hat als andere? Hat man also nicht weniger Angst, weil man links ist, sondern kann man nur links sein, wenn man weniger Angst

hat? Wie steht es mit Angstpolitik von links? Worin unterscheiden sich linke und rechte Angstpolitik?

Es sind Fragen solcher Art, aus denen ein politisches Urteil mit realistischem Einbezug der von Selbstzerstörung durchzogenen Gattungsgeschichte erwachsen kann. Letztlich geht es darum, inwiefern ein differenzierter Angstbegriff eine Hilfe ist, die radikale Rechte einzudämmen, und welche der bisherigen Strategien – angefangen bei der larmoyanten Ignoranz des Bürgertums bis zum vulgären Antifaschismus – entsprechend zu kritisieren wären, wenn sie wider besseres historisches Wissen suggerieren, der Faschismus sei reine Demagogie, Befall des Bösen von aussen und stelle nicht ein durch existenzielle Ängste gespiesenes, immer vorhandenes Potenzial aller kapitalistisch-technizistischen Gesellschaften dar.

Die Ängste im Kapitalismus

Im Buch *Eure Heimat ist unser Albtraum* schreibt die Herausgeberin Fatma Aydemir über den sprichwörtlichen Fleiss ihrer als Migrantenkinder nach Deutschland gekommenen Eltern:

«Fleiss wird uns schon in der Grundschule als positive Eigenschaft gelehrt. Doch diese positive Konnotation verschleiert die häufigste Ursache, die aus Arbeiter_innen, fleissige Arbeiter_innen macht: Existenzangst. Sie ist immer da, auch wenn sie irgendwann nicht mehr rational begründet ist. Alle Arbeiterfamilien kennen das. [...] Doch womit deutsche Kolleg_innen nicht leben müssen, sind rassistische Anfeindungen, strukturelle Diskriminierungen und der Verlust des Aufenthaltsstatus beziehungsweise die permanente Angst davor.» (Aydemir 2019a, 27)

In einer *Spiegel*-Kolumne zum Buch schreibt Aydemir:

«Ich will nicht die Jobs, die für mich vorgesehen sind, sondern die, die die Deutschen für sich reservieren wollen – mit der gleichen Bezahlung, den gleichen Konditionen und den gleichen Aufstiegschancen. Mein German Dream ist, dass wir uns alle endlich das nehmen können, was uns zusteht – und zwar ohne dass wir daran zugrunde gehen.» (Aydemir, 2019b)

Diese beiden kurzen Ausschnitte geben, zuerst explizit und dann implizit, einen präzisen Einblick in das Problem der Ängste in unseren westlichen kapitalistischen Gesellschaften. Zunächst die alltägliche Existenzangst im Prekariat. Von dorthin greift sie diskursiv um sich, hin zu den etwas sichereren Berufen. Diese können stets von Restrukturierungsmassnahmen betroffen sein. Jede und jeder

weiss, dass es die Älteren und schlechter Ausgebildeten sind, die es schneller trifft. Und schliesslich betrifft die Existenzangst auch die sogenannten sicheren Berufe, in Form von Angst vor Kündigung oder anderen Nachteilen, die, selbst wenn sie von aussen völlig irrational erscheint, noch so wirksam ist, dass sie so viele daran hindert, sich auch nur für die kleinsten Dinge zu wehren. Kommen hinzu die spezifischen Ängste, denen sich spezifische Gruppen, vor allem MigrantInnen, ausgesetzt sehen und die einmal personelle, einmal strukturelle Ursachen haben können und vor denen sie auf keiner gesellschaftlichen Stufe ganz gefeit sind. Das heisst, die Angst besteht in kapitalistischen Arbeitssystemen darin, dass man plötzlich nicht mehr leben kann von dem, was man kann, oder dass das, was man kann, nirgends gefragt ist oder man es nicht ausüben darf.

Ironisch zwar, aber zugleich ambitioniert-kämpferisch bringt Aydemir im zweiten Zitat die einzige wirkliche Massnahme zur Sprache, die die liberale Gesellschaft diesen Ängsten entgegensetzen weiss, solange sie nicht den Kapitalismus selber bekämpfen will: die Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit. Sie besteht darin, die bestehende Gesellschaft so einzurichten, dass alle dürfen, was sie können. Aber versprochen werden damit keine realen Güter, sondern nur Chancen, was eine Doublette von tief sitzenden Ängsten nach sich zieht. Da ist erstens, wie Kierkegaard schon bei Adam im Paradies analysiert hat, die Angst davor, die Unschuld zu verlieren angesichts der plötzlich auftauchenden Möglichkeiten. Wird die Angst beim Übertreten eines Verbots in der Regel noch durch das Gefühl der Befreiung kompensiert, sitzt einem beim Nichtergreifen einer sich bietenden Möglichkeit die Angst vor Gefühlen der Feigheit, des Fatalismus, des unwiederbringlichen Verlusts fest im Nacken.

Die zweite Angst ist noch schwieriger zu bewältigen. Ihre Ursache besteht kurz gesagt in der Erfahrung, dass man darf, aber nicht kann. Zunächst gehört diese Erfahrung zusammen mit dem Lernprozess, einen Umgang mit dem eigenen Unvermögen zu finden, einfach zum Aufwachsen dazu. Sie ist bei Sigmund Freud, Melanie Klein und anderen treffend beschrieben als ein spannungs- und schmerzvolles Wechselspiel zwischen Eltern und Kind, in dem Verbot, Entsaugung und Trauer einerseits und Solidarität und Versprechen andererseits erfahren werden müssen. Jedoch bekommt dieser an sich schon schwierige Lernprozess eine beängstigende Zuspitzung in der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft, deren Ideologie, der Liberalismus, letztlich keine anderen Indikatoren als die sogenannte eigene Leistung für Wertschätzung, Sicherheit und Anerkennung gelten lassen will.

Gerade die auch von der Linken oft genug mitgetragene Reduzierung der Gleichheitsforderung auf die Chancengleichheit trägt nicht nur zur allmählichen Schwächung anderer, umfassender Gerechtigkeitsforderungen bei. Sie befördert auch die Rückkehr von Wille und Begabung als Mittel, das Dasein zu legitimieren. Nietzsches Wille zur Macht ist der Chancengesellschaft jedenfalls näher als Lessings Lehre von der Erziehung des Menschengeschlechts.

Konkurrenzprinzip und Opferlogik

Der eigentliche Schlüssel, um das Destruktionspotenzial der Angst zu verstehen, ist die Erfahrung von Ohnmacht und Schwäche. Sie zwingt uns leicht in die Alternative von Selbst- oder Fremdzerstörung, wo wir nur noch entweder herrschen oder sterben wollen. Aber dieses fatale Entweder-oder stellt sich nur ein, wo die Erfahrung der Ohnmacht nicht durch Erfahrungen der Anerkennung oder der Liebe, kurz des fraglosen Angenommenseins kompensiert wird. Wie im Anschluss an Freuds Ödipusmodell gezeigt werden kann, müssen die Eltern dem Kind, das durch die elterlichen Forderungen zur Aufgabe seiner Wünsche gezwungen wird und darob sich aggressiv zur Wehr setzt, in seiner Not solidarisch beistehen, um es – ohne die Forderung zurückzunehmen – aus der Aggression heraus- und in die Phase der Trauer und der Modifizierung der Wünsche hineinzuführen. Wird die Forderung aufgegeben, bleibt dem Kind nur die Allmachtsvorstellung der eigenen Wünsche und die Aggression, diese durchzusetzen. Wird die elterliche Forderung aber ohne Solidarität mit der Schwäche des Kindes aufrechterhalten, nimmt man ihm die Erfahrung des Angenommenseins, einer unbedingten Existenzberechtigung gerade im Moment der Schwäche. Es wird in jenes zerstörerische Entweder-oder von Siegen oder Verschwinden, Verdrängung der anderen oder Selbstausslöschung gezwungen. Diese Erfahrung wiederholt sich in der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft immer aufs Neue. Je mehr das Konkurrenzprinzip durch die immer vollständigere Landnahme des Kapitals unser Denken und Fühlen regiert, desto ausschliesslicher wird Existenz allein durch Leistung, präziser gesagt durch bessere Leistung als jene von anderen, gerechtfertigt.* Der Satz: «Das Bessere ist der Feind des Guten», der eigentlich ohne existenzielles Grausen nicht auszusprechen ist, ist das alles bestimmende Dogma der Konkurrenzgesellschaft. Wo aber Gutsein nicht genügt, ist nicht nur die Grundlage einer allgemeinen Moral entzogen, die Forderung wird unendlich, unerfüllbar und gnadenlos. Sie treibt die ihr unterworfenen Menschen in die Opferlogik. Der Zwang, sich selbst oder andere zu opfern, entsteht dort, wo das Schuldgefühl, bedingt durch die menschliche Grundsituation, essen zu müssen, ohne das Essen selber schaffen zu können, sich einer unbegrenzten Gegenforderung ausgesetzt sieht und nicht durch angemessene symbolische Gesten, klare Regeln oder durch Gnade gelindert und eingegrenzt werden kann. Der Wunsch jedes einzelnen Menschen, sein Dasein angesichts der existenziellen Schuld zu rechtfertigen, schlägt dadurch in den angstgetriebenen Zwang um, immer das Beste und das Äusserste zu geben, weil man nie wissen kann, wann es genug ist. Und dieses Äusserste, nach dem es nicht mehr weitergeht, ist immer das Opfer. Die Mafia, die ihre KleinschuldnerInnen zwingt, ihre

* Hier wäre eine ausführliche Auseinandersetzung mit der patriarchalen Komponente der Konkurrenz notwendig. Da ich aber aus Platzgründen darauf verzichten muss, verweise ich auf die entsprechenden Ausführungen bei Pohl (2002) und Anselm (1985).

Niere zu verkaufen, aber ebenso der Internationale Währungsfonds, der die Schulden von den Staaten auch dann noch einfordert, wenn sie dadurch gezwungen sind, die Brotsubventionen für die Ärmsten aufzuheben, betreiben Opferlogik. Die Unternehmen, die das Arbeitsziel so hoch ansetzen, dass es nicht zu erreichen ist, aber ebenso jene, die das Ziel nicht mehr definieren, sondern nur noch die Bedingungen schaffen für die höchste Arbeitseffizienz, betreiben Opferlogik. Die Eltern, die von ihren Kindern stets das Beste fordern, aber auch jene, die für die Kinder nur das Beste fordern, betreiben Opferlogik. Die Arroganz in der Oberschicht, der Perfektionismus in der oberen Mittelschicht, die Hartherzigkeit in der unteren Mittelschicht, die Selbstverstümmelung in der Unterschicht, um nur einige der gängigen Klischees zu nennen, sind Derivate der herrschenden Opferlogik. Das Konkurrenzprinzip schafft Verhältnisse, unter denen niemand leben will, und entzieht gleichzeitig allen anderen möglichen Verhältnissen die Legitimation.

Bloss weg hier

Das mehr oder weniger heimliche Ziel in der Konkurrenzgesellschaft kann deshalb nur darin bestehen, sich aus der Konkurrenz herauszunehmen. Sobald man etwas erreicht hat, schafft man um sich herum sichere, das heisst konkurrenzfreie Verhältnisse. Die stetigen Monopolisierungsbestrebungen, das Eigentumsrecht, das Erbrecht, das Steuerrecht sind alles Bestrebungen der Immunitisierung der Besitzenden. Die Privatisierungs- und Wettbewerbsgebote sowie die Monopolverbote in neoliberalen Ökonomien zeigen an, dass Konkurrenz selbst dort, wo sie propagiert wird, kein sich selbst erhaltender Mechanismus ist.

Immerhin muss die liberale Konkurrenzgesellschaft um ihres eigenen Fortbestands willen den Schein der vollständigen Offenheit und des uneingeschränkten Inklusionswillens aufrechterhalten, was wenigstens scheinbar allen Menschen die Möglichkeit eines Aufstiegs zu einem gesicherten Platz offenhält. Während also der Liberalismus gegen die Existenzangst die Formel «Ausstieg durch Aufstieg» anbietet, setzt der Faschismus auf das Versprechen eines endgültigen Ausstiegs ohne spezifische Leistung. Die Rudelbildung, die Stammesgesellschaft, die der Faschismus anstrebt, verspricht Verdrängung des Konkurrenzprinzips um den Preis der Individualität der Einzelnen. «Die Idealisierung von Autorität und die Partizipation an Herrschaft mindern Konkurrenzangst und sind das notwendige Pendant zu einem auf Konkurrenz und nicht auf Solidarität bauenden Autonomiebegriff.» (Anselm 1985, 192) Die kollektive Gruppenidentität verhindert den Kampf aller gegen alle und verschiebt ihn auf die äusseren Feinde der künstlichen inneren Harmonie. Während die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft vom Fundament ihrer Opferlogik mit immer neuen Wachstums- und Erfolgsrezepten ablenken kann, ist das Opfer im Faschismus

konstitutiv, um die Gemeinschaft zu erhalten. Doch Abstammung bindet die Kohäsionskräfte der Moderne nicht. Die faschistische Horde braucht die bindende Schuld der gemeinsam getragenen Wahl, Ausstossung und Opferung des Anderen. Gemeinschaft wird gestiftet durch die gemeinsame Schuldverstrickung in der Opferung. Da der Liberalismus unter den Bedingungen des Kapitalismus und der Faschismus aber von ihrem Prinzip her beide das Opfer als Grundlage haben, neigen sie in ihren inneren Krisen immer einander zu. Anders gesagt, der kapitalistische Liberalismus trägt den Keim des Faschismus, der Faschismus immer auch den Keim des Liberalismus in sich, was es hüben wie drüben so schwierig macht, die Dinge sauber voneinander zu trennen, und so leicht, sich gegenseitig immer dessen zu bedienen, was gerade passt.

Der Unterschied zwischen der linken und der rechten Politik kann in Bezug auf die Angst darin gesehen werden, dass erstere ihre politischen Erfolge weniger aufgrund von Ängsten, das heisst weniger aus dem Abwehr- und Dämonisierungsgeschäft erzielt, dafür mehr aufgrund von klaren, positiven Forderungen, und auch darin, dass man links und in der Mitte seine Ängste besser kontrollieren kann oder einfach durch Zufall der Geburt weniger hat. Substanziell ist dieser Unterschied aber nicht. Insofern linke Politik sich im Rahmen von konkurrenzgetriebenen Gesellschaften abspielt, läuft sie immer wieder Gefahr, sich genauso in der Opferlogik zu verfangen und also selber wieder Existenzangst zu befeuern. Nachfolgend möchte ich daher einige Grundsätze für einen Denkraum formulieren, der vielleicht helfen kann, die Herrschaft des Konkurrenzprinzips und der durch sie getriebenen Angst allmählich zu schwächen.

Schlussfolgerungen

Angst, wenn sie nicht Dämonen gebären soll, muss lokalisiert werden am versagten und verdrängten Wunsch, aus dem sie entstand. Sigrun Anselm schreibt dazu: «Eine Sozialisation, in der Angst nicht solidarisch und gemeinschaftlich bewältigt wird, muss zu Realitätsverlust und zu Verstümmelungen führen.» (Anselm 1985, 186) Die Aufbietung von Solidarität als emphatischem Schlüsselbegriff gegen Angst stellt aber die Frage nach ihrer Art. Missverstanden als von der Konkurrenz unbedrohte Gruppensolidarität oder als Solidarität mit denen, die man als KonkurrentInnen nicht zu fürchten braucht, ist sie nur ein Mittel – freilich eines, das sein kurzfristiges Ziel nicht verfehlt –, um sich der Spannungen und falschen Lösungsangebote der Konkurrenzgesellschaft zu entledigen.

Die Pointe der solidarischen Position ist das Halten der Spannung. Denn die Angst muss benannt, der verdrängte Wunsch erkannt werden. Solidarität gegen Angst ist da, wo die Spannung zwischen dem wünschenden und sich ängstigenden Subjekt einerseits und dem begehrten, aber mit Angst besetzten Objekt andererseits als Versuch erkannt werden kann, den Anspruch auf Versöhnung trotz

seines Scheiterns nicht aufzugeben. Vielmehr kann das Scheitern als Anlass genommen werden, neue Gesten, Ideen und Bilder der Versöhnung zu suchen oder Altes wieder mit gemeinsamer Bedeutung zu besetzen. Solidarisch sein gegen Konkurrenzangst heisst, sich selber (als Individuum oder als Klasse, der man angehört) als jenes ausgestossene, angstbesetzte Objekt zu erkennen und durch sein Handeln ein Zeichen dieser Erkenntnis gegen aussen zu setzen. Die solidarische Position wehrt sich gegen Spaltung, aber setzt nicht auf Vereinigung. Sie erkennt sich selber als ängstlich, bedürftig und ungerecht. Sie ist zu suchen als Individuum oder als Institution. Solidarisch sein kann je nach Situation heissen: Da zu sein, wo Dasein weder erwartet noch erwünscht ist, verhandeln, wo verhandeln nicht erwartet wird, aber auch auf Schwäche nicht mit Stärke zu reagieren, Rechte nicht um jeden Preis durchzusetzen, auf Ansprüche zu verzichten, letztlich schlicht und einfach dafür zu sorgen, dass Erniedrigungserfahrungen vermieden werden. Die Solidarität gegen Konkurrenzangst hat ihr Urbild in den Eltern, die, ohne die moralische Forderung aufzugeben, den Provokationen des aggressiven Kindes mit Nachsicht begegnen, und ihren gesellschaftlichen Höhepunkt in der schiessbereiten Armee, die sich von den streikenden Massen Blumen in die Gewehre stecken lässt. Letztlich kann die solidarische Position kontrapunktisch so gegen Konkurrenz begriffen werden, dass jene zwar die moralische Forderung nicht aufhebt, aber den Einzelnen in ihrer Schwäche beisteht, während diese keine moralischen Forderungen stellt, aber jeden jederzeit in seiner Schwäche verderben lässt.

Solidarität ist des Weiteren ein Akt, der einerseits nur aus Freiheit geschehen kann, andererseits ist Freiheit angesichts der Konkurrenz gerade auch der ultimative Angstfaktor, der Abgrund des Alleinseins und des von nichts – ausser der eigenen Leistung und des immer Siegenmüssens – Gehaltenseins. Zu entwickeln wäre aus dieser Grundspannung heraus ein linkes Denken, das wieder etwas mehr mit Verhältnisbestimmungen wie Zweideutigkeit, Konstellation, Bündnis, Balance und weniger mit Bruch, Bewegung, Antagonismus, Vorwärtsdrang, Dekonstruktion arbeitet, das ferner weniger Emphase auf Freiheit als Zustand setzt, sondern vielmehr auf Befreiung als immer wieder von neuem an unterschiedlichen Orten zu bewältigende Aufgabe des Austretens, Ausziehens und Aussteigens. Freiheit als Zustand bedeutet für die Menschen in letzter Konsequenz das völlige Ausgetretensein aus allem ausser aus dem Zwang zur Selbsterhaltung. Dies ist für die meisten eine traumatische Erfahrung, die daher schnellstens wieder in enge Bindungen hineinführt. Der Faschismus kann mit freiwilliger Unterwerfung nur locken, wo die Menschen den Abgrund der völligen Haltlosigkeit in sich tragen. Das heisst, nicht die grenzenlose Freiheit bändigt Ängste, aber die Arbeit an der Befreiung von zu engen Grenzen bzw. der Kampf für die Möglichkeit des Auszugs und Ausstiegs. Denn auch eine Gesellschaft, die bei allem Einsatz für Inklusion nicht genauso die Möglichkeit einer Existenz trotz Selbstexklusion offenhält, betreibt ihre eigene Schliessung.

Literatur

Anselm, Sigrun, 1985: Angst und Solidarität. Frankfurt am Main

Aydemir, Fatma / Yaghoobifarah, Hengameh (Hg.), 2019a: Eure Heimat ist unser Albtraum. Berlin

Aydemir, Fatma, 2019b: Das Ende des German Dream. www.spiegel.de/kultur/literatur/eure-heimat-ist-unser-alptraum-vorabdruck-das-ende-des-german-dream-a-1253290.html (Abfrage: 21.6.2019)

Freud, Sigmund, 2012: Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. Frankfurt am Main

Heinrich, Klaus, 1997: anfangen mit freud. Frankfurt am Main

Klein, Melanie, 1997: Die Psychoanalyse des Kindes. Stuttgart

Nussbaum, Martha, 2019: Königreich der Angst. Gedanken zur aktuellen politischen Krise. Darmstadt

Pohl, Ralph, 2002: Feindbild Frau. Hannover

Bücher, die
wach halten!

Verlag des Jahres 2019



Rotpunktverlag •

Neue Wege

Religion
Sozialismus
Kritik

neuewege.ch

Für die LeserInnen
von *Widerspruch*

Neue Wege
Schnupperabo

3 Ausgaben
zum Sonderpreis

15.-

Bestellung

Neue Wege
Postfach
CH-8048 Zürich
044 447 40 46
info@neuewege.ch

Neue Wege 9.19

Ni Dieu? Ni Maître!

Religion und Anarchismus

Mit Beiträgen von

Sebastian Kalicha
Angela Büchel Sladkovic
Florian Wüstholtz

Neue Wege 10.19

China

Mit Beiträgen von

Liao Yiwu
Georg Evers
Kurt Seifert

Neue Wege 11.19

Ökotheologie

Immer noch aktuell:

Neue Wege 7/8.19

Populismus ...
oder wie wollen wir Politik
betreiben?

mit Beiträgen von

Franziska Schutzbach und
Alice Galizia
und einem Gespräch mit
Sarah Schilliger